

An  
den Bürgermeister  
den Ratsvorsitzenden

Burgdorf, 2009-01-12

### **Antrag gemäß Geschäftsordnung**

in die Sitzung des Rates am 5. Februar 09

- 1. Die Vertreter der Stadt Burgdorf machen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Burgdorf die Strompreiserhöhung zum 1. Februar 2009 von 1,61 Cent brutto für eine Kilowattstunde im Arbeitspreis rückgängig.**
- 2. Etwaige weitere geplante Preiserhöhungen bei Strom und Gas müssen vorher vom Rat der Stadt Burgdorf genehmigt werden.**

Begründung des Antrags:

Zu Punkt 1: Die wiederholt massive Anhebung der Strompreise verstößt gegen § 315 BGB, da die Stadtwerke die billige Angemessenheit der Erhöhung nicht nachvollziehbar begründen können. Bereits zum 1. Januar 2007 und vor allem zum 1. Januar 2008 haben die Stadtwerke Burgdorf den Strompreis drastisch angehoben. Die Behauptung der Stadtwerke für die jüngste Preiserhöhung, der Beschaffungspreis an der Energiebörse sei gestiegen, ist aus folgenden Gründen unhaltbar:

- Mitgesellschafter Eon erzeugt den Strom zum Großteil selbst.
- Nur 20 Prozent des Stroms werden überhaupt an der Energiebörse gehandelt.
- Nach einem Preishoch im Sommer sind die Strompreise an der deutschen Strombörse zuletzt gefallen.
- Die Strompreise in Burgdorf und Deutschland sind innerhalb Europas die dritthöchsten.
- Wegen der Energiepreisgestaltung haben Landes- und Bundesbehörden sowie die EU-Kommission gegen Eon ermittelt. Um Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu entgehen, musste der Konzern sein Hochspannungsnetz verkaufen.
- Der rasante Anstieg der Strompreise für die Endkunden begann am 1. Juli 2007. Bis zu diesem Tag mussten sich die Stromkonzerne eine Preiserhöhung von den Ländern genehmigen lassen. An diesem Tag ist die Genehmigungspflicht durch die Kontrollbehörden der Länder entfallen. Die Vermutung liegt nahe, dass Stadtwerke-Mitgesellschafter Eon die Situation

ausnutzt, um die Verbraucherinnen und Verbraucher ungerechtfertigt zur Kasse zu bitten.

- Laut einer Studie der Bundestagsfraktion der Grünen bezahlten bereits 2007 auch Burgdorfer Haushalte über 50 Prozent mehr für elektrische Energie als noch im Jahr 2000.

Zu Punkt 2: Wenn die Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung nicht mehr allein über die Energiepreise entscheiden, ist das für die Ratsvertreter entlastend, weil ihnen ein Teil der Verantwortung abgenommen wird. Da sich der gesamte Rat positionieren muss, erhöht sich auch die Akzeptanz der Energiepreise in der Bevölkerung. Durch den Informationsstand der übrigen Ratsmitglieder und den inhaltlichen Austausch zum Thema wird außerdem das Informationsdefizit der ehrenamtlichen Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung gegenüber den gut informierten Eon-Vertretern abgemildert.